

**BLICK-
BRENN-
STAND-**

PUNKTE

Mut zur Wahrheit

**Wir sind
stärkste Partei
Deutschlands!**

**Deutschland ist
Europas Dämm-
und Heizungsstreber**

**Ausweis im Freibad –
aber kein Pass
an der Grenze?**

Der Heizungshammer muss gestoppt werden!

Keine
Heizung
ist
illegal



Marc Bernhard MdB
Erreichtes. Geplantes. Perspektiven.



Inhalt

- 3 Vorwort
- 4 **Der Heizungshammer muss gestoppt werden!**
- 6 Klage vor dem Bundesverfassungsgericht
- 7 Vetorecht der Kommunen
- 8 Pressekonferenzen der AfD-Fraktion
- 9 Arbeitskreis für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen
- 10 **Wir sind stärkste Partei Deutschlands!**
- 12 Verein konservativer Kommunalpolitiker Baden-Württemberg
- 13 Sie fahren nach Berlin
- 14 **Deutschland ist Europas Dämm- und Heizungstreiber**
- 16 Vor Ort – beim Bürger
- 17 Auswahl meiner wichtigsten Anträge im Deutschen Bundestag
- 18 **Ausweis im Freibad – aber kein Pass an der Grenze?**
- 19 Wer zuletzt lacht...

Meine Reden im Bundestag



Alle meine Bundestagsreden in YouTube anschauen

<https://www.youtube.com/@Marc-Bernhard>



Vor Wort

Liebe Mitstreiter, vor über 10 Jahren haben besorgte Bürger den Mut zur Wahrheit bewiesen und mit der Gründung der AfD den überlebenswichtigen Grundstein gelegt, um die Politik der Deutschlandabschaffer zu stoppen.

Aber nicht das Beginnen wird belohnt, sondern einzig und allein das Durchhalten, sagte schon die Kirchenlehrerin Katharina von Siena.

Dass wir heute in bundesweiten Umfragen bei rund 22% stehen und damit stärkste Partei in ganz Deutschland sind, ist dem Rückgrat und der Ausdauer vieler aufrichtiger und fleißiger Mitstreiter zu verdanken. Menschen, die ehrenamtlich, selbstlos und heimatverbunden mit vielen kleinen und großen Taten am Erfolg unserer Partei gearbeitet haben und arbeiten.

Dafür herzlichen Dank!

Auch unsere Bundestagsfraktion hat seit 2017 mit jeder erdenklichen Kraft an diesem Erfolg mitgearbeitet. Bereits in einer Forsa-Umfrage von 2018 zur politischen Kompetenz kam die AfD auf den höchsten Wert der damaligen vier Oppositionsparteien.

Seither konnten wir in unzähligen Anträgen und Gesetzesvorschlägen beweisen, dass wir für jedes unserer existenziellen Kernprobleme eine vernünftige und volkswirtschaftlich tragfähige Lösung haben.

Während die Altparteien deutsches Steuergeld im Ausland verteilen und unsere hart arbeitende Bevölkerung in den Ruin treibt, gilt in jedem einzelnen unserer Anträge die Maxime: Die Interessen unseres Landes und unserer Bürger zuerst!

Dass der Heizungshammer nur ein weiterer Meilenstein bei der massiven Enteignung und Deindustrialisierung ist, verstehen immer mehr Menschen – auch diejenigen, die uns bei den komplexeren Themen, wie Euro-Rettung und Demokratieverlust, noch skeptisch gegenüberstanden.

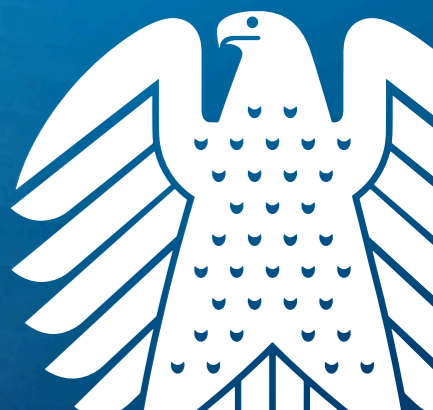
Die Menschen gehen eben nicht wählen, damit sie sich von abgehobenen Berufspolitikern und Ministerpräsidenten anhören müssen, statt zu jammern könne man sich „auch mit dem Waschlappen waschen“.

Bei der nächsten Bundestagswahl werden der Ampel-Regierung die Waschlappen um die Ohren fliegen. Wir erleben gerade eine Zeitenwende: Es geht ein enormer Ruck durch Deutschland und das ist gut so!

Die AfD ist bereit für mehr, das ist unser Signal. Wir werden nicht lockerlassen, damit endlich wieder Politik für unser Land und unsere Bürger gemacht wird!

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Marc Bernhard





Der Heizungshammer muss gestoppt werden!

Das neue Gebäudeenergiegesetz ist ein Schlag ins Gesicht aller fleißigen Bürger. Wohl schon ab 2024 soll im Hauruckverfahren durchgedrückt werden, was die meisten sich bis vor Kurzem nicht hätten vorstellen können:

Öl- und Gasheizungen soll der Garaus gemacht werden. Ab 2024 sollen neu installierte Heizungen zu mindestens 65% mit sogenannten „erneuerbaren Energien“ betrieben werden müssen. Diese vermeintlich „klimafreundlichen“ Heizungen sind jedoch teuer, unsicher und schaden unserer Umwelt.

Geht es der Regierung wirklich um das Klima? Nein!

Es stehen ganz andere Interessen im Vordergrund. Robert Habeck hat in seinem Wirtschaftsministerium eine Clique von Lobbyisten wie Michael Kellner oder den Graichen-Nachfolger Philipp Nimmermann um sich geschart. Einen enormen Einfluss üben beispielsweise Lobbyverbände wie „Agora“ aus, die sich mit der Besetzung zahlreicher Schlüsselpositionen im Wirtschaftsministerium einnisten konnten.

Einer der besonders dubiosen Habeck-Staatssekretäre ist beispielsweise Udo Philipp, der sich mit stillen Einlagen, Krediten und offenen Beteiligungen in jungen Startup-Firmen „engagiert“, während er zugleich in seinem Ministeriumsberuf für die Startup-Strategie der Bundesregierung und somit für milliardenschwere Förderprogramme zuständig ist. Gleichzeitig legte er Geld in zahlreichen Fonds an,



Bestandsschutz - mit einem großen Haken

Bestandsheizungen dürfen zwar weiter betrieben werden, doch hier drohen Kosten bis zu 300 Euro pro Tonne CO₂. Gas und Öl werden durch diesen – auch von der CDU unterstützten – CO₂-Zertifikatehandel innerhalb weniger Jahre so sehr im Preis steigen, dass viele Hausbesitzer vor die Wahl zwischen zwei Übeln gestellt werden: Entweder sie bezahlen astronomische Kosten für Gas bzw. Öl (1 Euro pro Liter zusätzlich) oder sie müssen ihre voll funktionstüchtige Heizung zugunsten einer Wärmepumpe entsorgen.

die mit Elektromobilität in Zusammenhang stehen.

Die Unterstützer dieses grünen Netzwerks behaupten, es gehe ihnen um das Klima und die Zukunft des Planeten. In Wahrheit geht es ihnen um sich selbst. Die Hauptverantwortlichen schieben einander die lukrativsten Posten zu und bestärken sich gegenseitig in ihrem ideologischen Wahn.

Die echten Probleme normaler Bürger sind für solche Politiker weit weg. Während die arme Rentnerin zur Tafel gehen und das junge Elternpaar aus Geldnot die Tochter von der Klassenfahrt abmelden muss, schiebt sich der grüne Filz die Millionen zu. Die Ampel macht das Heizen damit zur neuen „sozialen Frage“. Die Grünen zeigen sich dabei wieder in ihrer Lieblingsrolle: als Verbotsparterie.

Wir müssen und wir werden die unsoziale Politik dieser Ampel-Regierung stoppen!

Das ist moderner Ablasshandel und Enteignung!

Für Hausbesitzer heißt das: Kosten über 100.000 Euro – oder sein Haus verlieren. Für Mieter bedeutet es unweigerlich noch viel höhere Mieten.

Hohe Kosten und steigende Strompreise

Die Anschaffungskosten einer Luftwärmepumpe inklusive Installation (rund 14.000 Euro) sind etwa 1,4 bis 2,3 mal höher als die einer modernen Gasheizung inklusive Installation und Wasserspeicher (6.000 bis 10.000 Euro). Zudem sind die durchschnittlichen Strompreise stark gestiegen, was die Betriebskosten der Wärmepumpen weiter erhöht.

Fachkräftemangel für Installation

Um das Ziel von sechs Millionen Wärmepumpen bis 2030 zu erreichen, wären rund 60.000 zusätzliche Monteure erforderlich. Dies entspricht einer Erhöhung der Fachkräftekapazität um etwa 122%, da in den kommenden zehn Jahren etwa 30% der heute Beschäftigten in Rente gehen und nur die Hälfte davon durch Neueinstellungen ersetzt werden kann.

Umweltbelastung durch Kältemittel in Wärmepumpen

Die krebserregenden Chemikalien PFAS wurden an über 1.500 Orten in Deutschland nachgewiesen, was zeigt, dass ihre Verbreitung und Umweltbelastung im Vergleich zu ihrer ursprünglichen Verwendung in Wärmepumpen erheblich ist. Fünf europäische Länder prüfen ein weitreichendes Verbot der Produktion

Ampel aufhalten – Heizungshammer stoppen

<https://afdbundestag.de/heizungshammer-stoppen/>



und Verwendung dieser Stoffgruppe, was ihre Bedenklichkeit unterstreicht.

Bürgerschreck EU – Von der Leyens Klimawahn

Die Pläne der Bundesregierung reihen sich nahtlos in die Politik von EU und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) ein.

Nach dem von den EU-Institutionen beschlossenen Programm „Fit for 55“ wird es für die Bürger beim Wohnen noch einmal teurer: So soll der Gebäudesektor bis 2050 „klimaneutral“ werden.

Das bedeutet konkret, dass fossile Heizungen schon ab 2035 komplett verboten werden sollen. Zudem sollen die Deutschen dazu gezwungen werden, bis 2033 rund ein Drittel der Gebäude im Land aufwendig zu sanieren.

Die EU-Pläne verschärfen die Situation für viele Bürger weiter. Viele fragen sich, warum teure Sanierungen und erzwungene Heizungswechsel ohne erkennbaren Nutzen bezahlt werden sollen.!

Die Positionen der AfD zum Heizungshammer

- 1. Freie Heizungswahl:** Jeder Bürger entscheidet selbst, mit welcher Energiequelle er heizt – egal ob Gas, Öl, Holz oder Fernwärme. Jeder darf heizen, wie es seinen Bedürfnissen entspricht.
- 2. Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes:** Heizen mit „erneuerbarer Energie“ kann den Klimawandel nicht abwenden. Mietern und Vermietern dürfen nicht bestimmte Heizungstypen aufgezwungen werden.
- 3. Breiter Energiemix:** Alle Energieträger werden gebraucht, um den Bedarf zu decken. Wenn Gas und Öl, Kohle und Kernkraft verwendet werden, sinken die Kosten für Strom und Energie.
- 4. Interessengeleitete Energiepolitik:** Ausverkauf und Deindustrialisierung unseres Landes müssen gestoppt werden. Die Russlandsanktionen müssen ebenso enden wie die Verflechtungen zwischen politischen Akteuren und grünen Lobbyisten.

Klage vor dem Bundesverfassungsgericht

Der Heizungshammer wurde gestoppt. Vorläufig. Doch Habeck kennt keine Gnade

Das hatte sich die Ampel so gedacht: Noch schnell vor der Sommerpause vollendete Tatsachen schaffen, damit das Enteignungsgesetz alias Heizungshammer nicht etwa den Landtagswahlen in Hessen und Bayern in die Quere kommen kann.

Wie wurde das Gesetz noch so schnell gestoppt?

Marc Bernhard: Der CDU-Kollege Thomas Heilmann hatte am 27.06.2023 einen Eilantrag beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Er sah sein Recht als Abgeordneter verletzt, da u.a. die Zeit zur Bewertung und Diskussion des Gesetzentwurfs vor der Abstimmung viel zu knapp war und übliche Fristen nicht eingehalten wurden.

Zusammen mit zehn meiner Fraktionskollegen habe ich mich dann dem Antrag angeschlossen.

War der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts absehbar?

MB: Juristisch Ja. Ich war zugegebenermaßen überrascht von dem Beschluss. Er war immerhin eine enorme Klatsche für die Ampelregierung. Normalerweise mischt sich das BVerfG nicht in die inneren Angelegenheiten des Parlaments ein. Alle unsere Anträge mit ähnlicher Zielrichtung wurden in der Vergangenheit regelmäßig abgelehnt oder auf die lange Bank geschoben.

Warum hat die AfD nicht zuerst diesen Antrag gestellt, wo Sie sich doch dann angeschlossen haben?

MB: Das hatte zu großen Teilen taktische Gründe. Wie hätte das Karlsruher Verfassungsgericht wohl entschieden, wenn auf dem Absender des Antrags „AfD“ gestanden wäre?

Aus diesem Grund haben wir einfach darauf gewartet, dass die CDU diesen Schritt geht und sind dann ganz bewusst diesem Verfahren beigetreten.

Ist der Antragsteller aus der CDU ein möglicher „Verbündeter“ in Sachen Kampf gegen den Klimawahnsinn der Ampelregierung?

MB: Der Eindruck täuscht leider. Thomas Heilmann ist Vorsitzender der sogenannten „KlimaUnion“ und vertritt im Kern dieselbe Zielsetzung wie die Ampel bzw. die Grünen. Er will das Heizungsgesetz ja selbst, er will es nur „besser“ machen.

In den grundsätzlichen Fragen stimmt Heilmann genau mit denen der Klimasekte überein und will die komplette Transformation hin zu einer CO₂-freien Wirtschaft und Gesellschaft. Er hat z.B. auch keinerlei Berührungspunkte mit den kriminellen Klimaklebern. Seine Motivation für diesen Antrag war wohl eher populistischer Art, um sich eben als vermeintlicher „Klimaretter“ aufspielen zu können.

Ist das Gesetz nun vom Tisch oder müssen wir uns weiterhin Sorgen machen?

MB: Wie von der Ampel angekündigt, hat sie das Gesetz direkt in der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause unverändert vorgelegt und der Bundestag darüber beschlossen. Im Kern hat sich nicht viel geändert: Der Heizungshammer wird Millionen Familien enorm belasten.

Man muss bedenken, dass insbesondere die Grünen das umstrittene Thema „Klimawandel“ geradezu sektenartig betreiben, ihre gesamte Politik fußt darauf. Hier einzuknicken wäre für sie gleichbedeutend mit Kapitalversagen. Darum werden sie bei dem Thema niemals freiwillig zurückrudern.

Das Einzige, was wir als AfD sicher sagen können, ist: Würden wir nach den nächsten Wahlen mitregieren, würde das Gesetz sofort wieder kassiert. Besser für die Menschen wäre es freilich, hätte man diesen Wahnsinn erst gar nicht beschlossen.

Interview mit „Deutschland Kurier“
„Das Heizungsgesetz ist eine Enteignung des deutschen Volkes!“

<https://www.youtube.com/watch?v=ugqajxl7yF4>



VETORECHT der Kommunen

Die AfD fordert ein Einspruchs- und Mitspracherecht für Kommunen bei der Zuweisung von „Flüchtlingsen“

In den letzten gut zehn Jahren ist die Bevölkerung in Deutschland allein durch Zuwanderung um über fünf Millionen Menschen gewachsen. Gleichzeitig fehlen seit Jahren etwa zwei Millionen bezahlbare Wohnungen.



Die Regierung hatte eine „Bauoffensive“ angekündigt, jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen zu bauen. Daran ist sie – wie in allem anderen auch – kläglich gescheitert. In 2022 wurden gerade einmal 250.000 Wohnungen gebaut, dieses Jahr werden es nochmals deutlich weniger sein.

Zuwanderung frisst Neubauzuwachs komplett auf

Bei einer jährlichen Nettozuwanderung von 500.000 Menschen wird laut einer Studie des Leibniz-Instituts der gesamte Neubauzuwachs von der Zuwanderung aufgebraucht. Die durchschnittliche Haushaltsgröße liegt bei zwei Personen, 250.000 Wohnungen entsprechen also genau der Zuwanderung.

Der Druck auf die Kommunen ist immens, weil diese sich gegen die Zwangszuweisung von „Flüchtlingsen“ rechtlich nicht wehren können. In Lörrach wurde langjährigen Mietern die Wohnung gekündigt, in Berlin setzte ein Seniorenheim Bewohner auf die Straße. Beides nur, um „Flüchtlingsen“ aufzunehmen.

Selbst Nicht-AfD-Kommunalpolitiker geben inzwischen unverhohlen zu, dass sie mit dem Rücken zur Wand stehen. Im Januar 2023 wandte sich der Main-Taunus-Kreis in einem Brandbrief an Kanzler Scholz. Der Wortlaut des Schreibens klingt, als sei er direkt von der AfD übernommen worden:

»Steuern und begrenzen Sie den Zustrom an Flüchtlingen aktiv! Schauen Sie genau hin, wer unserer Hilfe bedarf und wer nicht! Führen Sie Menschen, die sich unrechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, auch aktiv zurück, damit wir unsere Ressourcen für die einsetzen können, die wirklich unserer Hilfe bedürfen!«



Veto- und Mitspracherecht

Ich habe deshalb einen Antrag im Bundestag eingebracht und fordere darin ein Vetorecht für Kommunen. Nicht nur die Länder sollen künftig bei Aufnahmeprogrammen des Bundes mitbestimmen können, sondern insbesondere die unmittelbar Betroffenen, nämlich die Städte und Gemeinden, sollen ein Einspruchs- und Mitspracherecht bekommen. Herrscht vor Ort bereits Wohnungsnot oder eskalierende Gewaltkriminalität durch „Flüchtlingsen“, muss die Zwangszuweisung gestoppt werden können.

Deutschland hat Eigenbedarf

Schon jetzt explodieren überall die Mieten, Unterbringungs- und Versorgungskosten, Behörden sind überlastet, Bürger wütend. Deutschland ist sicherlich immer bereit, Menschen in echter Not zu helfen, aber ohne Eigenschutz ist niemandem geholfen.

Drucksache 20/6901

Städte und Gemeinden vor Wohnungsnot schützen – Vetorecht bei Zwangszuweisungen von Flüchtlingen

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/069/2006901.pdf>



Pressekonferenzen der AfD-Fraktion

In Sitzungswochen des Deutschen Bundestags stellen wir immer dienstags um 09:00 Uhr aktuelle Anträge und Themen unserer Bundestagsfraktion vor und kündigen parlamentarische Initiativen an

Die Pressekonferenz ist ein wichtiges Mittel, um noch vor der Einbringung eines Antrags und der eigentlichen Rede im Plenarsaal das Thema der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und unsere Lösungsansätze mit den Vertretern der Medien zu diskutieren.

Durch die Trilogie aus vorbereitender, begleitender und nachbereitender Debatte und Berichterstattung erreichen wir die maximale Aufmerksamkeit für unsere Anliegen.

Die Pressekonferenzen werden immer live in unseren sozialen Medien übertragen. So haben Sie auch

die Möglichkeit, den Journalisten auf die Finger zu schauen und ihre nachfolgende Berichterstattung mit dem tatsächlich von uns gesprochenen Wort abzugleichen.

Je zahlreicher Sie meine Kanäle in den sozialen Medien abonnieren und vor allem auch meine Beiträge teilen, desto größer wird unser mediales Gegengewicht. Wir werden täglich mehr!

Meine Pressekonferenzen

<https://www.youtube.com/@Marc-Bernhard/playlists>



Heizung rein, Heizung raus...
Abzocke im Schweinsgalopp



Herbe Klatsche für Ampel-Regierung:
Bundesverfassungsgericht bremst Heizungshammer



Zwangszuweisung von „Flüchtlingen“?
Vetorecht für Städte und Gemeinden!



Arbeitskreis für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Wofür wir stehen

Abschieben schafft Wohnraum

Die anhaltende Zuwanderung nach Deutschland verschärft die Wohnungsknappheit. Ein Stopp der Zuwanderung und Remigration der Ausreisepflichtigen würde zu einer spürbaren Entspannung am Wohnungsmarkt führen.

Grüne Inflation und CO₂-Besteuerung beenden

Wir wollen sämtliche nationalen Gesetze, die eine CO₂-orientierte Bepreisung der Energie-, Wohn- und Treibstoffkosten zum Inhalt haben, abschaffen, um die Bau- und Bauneben-, Wohn- und Wohnnebenkosten nachhaltig zu senken.

Wohngeld dynamisch anpassen

Um Menschen mit geringem Einkommen zu entlasten, fordern wir eine Änderung des Wohngeldgesetzes, die neben einer dynamischen Anpassung an die aktuelle Miet- und Einkommensentwicklung auch eine an die steigenden Energiekosten dynamisch angepasste Heizkostenkomponente enthält.

Heizkosten senken

Wir wollen die regierungsverschuldete Heizkostenexplosion beenden. Soweit möglich muss die sofortige Reparatur und Wiederinbetriebnahme von „Nord Stream 1 und 2“ erfolgen. Der Heizungshammer muss vollständig ein für alle Mal gestoppt werden.

Wohneigentum fördern

Deutschland hat nach wie vor die zweitniedrigste Wohneigentumsquote aller OECD-Staaten. Deshalb setzt sich die AfD-Fraktion für die Förderung des Wohneigentums ein. Sie will allen Bürgern und insbesondere Familien die Möglichkeit einräumen, Wohneigentum zu schaffen.

Deutschland hat Eigenbedarf – Unser Land zuerst!

<https://afdbundestag.de/deutschland-hat-eigenbedarf/>



Ländlichen Raum stärken

Die Masseneinwanderung führt vor allem in den Ballungsräumen zu Wohnungsnot. Immer mehr junge Familien und Berufseinsteiger ziehen deswegen auf das Land. Wir fordern daher, den ländlichen Raum so schnell wie möglich entsprechend zu stärken.

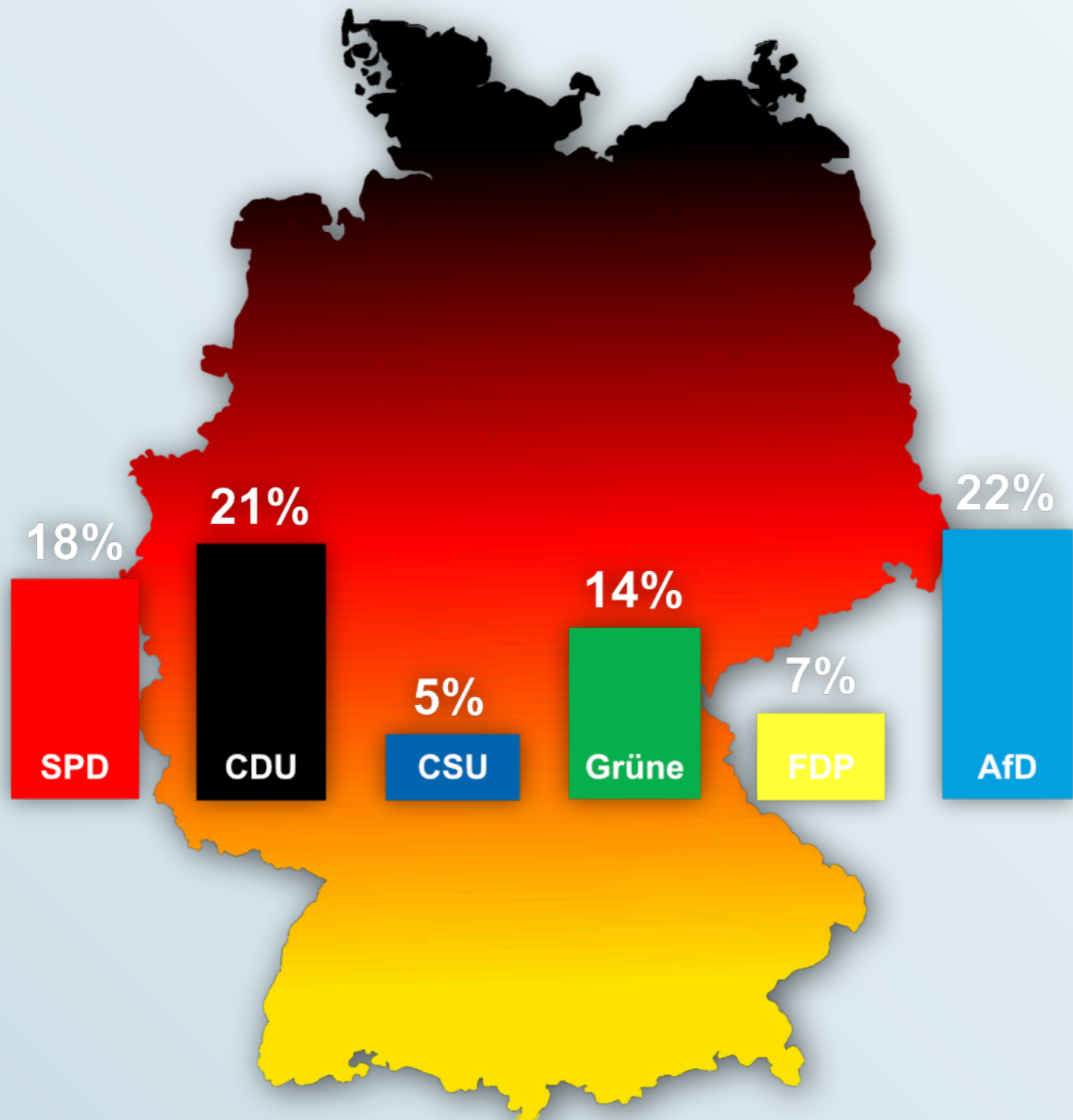
Grundsteuer abschaffen

Wir fordern die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den Ländern das Grundsteuergesetz abzuschaffen und das daraus erzielte Steueraufkommen durch einen Anteil der Kommunen am Einkommensteueraufkommen (mit Hebesatzrecht) zu ersetzen.

Unsere Leitlinien

1. Jegliche Besteuerung zur angeblichen Rettung des Klimas beenden.
2. Die Bürger bei den Energiekosten massiv entlasten.
3. Klima-ideologisch begründete Baustandards (z. B. der Dämmungszwang oder die Demontage intakter Heizungsanlagen) abschaffen.
4. Die Grundsteuer ersatzlos streichen.
5. Keine weitere Erhebung der Grunderwerbssteuer für das Eigenheim – Deutschland, das Land der Eigentümer.
6. Ländlichen Raum attraktiver machen, Infrastruktur stärken.
7. Die Entwicklung deutscher „Smart Cities“ kritisch begleiten.
8. Parallelgesellschaften umgehend auflösen – Lebensqualität in Städten erhöhen.
9. Ausreisepflichtige Ausländer unverzüglich abschieben – Deutschland hat Eigenbedarf

Wir sind **stärkste** Partei Deutschlands!



Quelle Wahlumfrage: Ipsos 12.07.2023 - <https://www.ipsos.com/de-de/sonntagsfrage-afd-legt-weiter-zu-verluste-fur-union-und-spd>

Anfang Mai 2023 lag die AfD in Umfragen noch bei 16,5%. Binnen vier Wochen stiegen die Werte bereits auf 18%, um dann nochmals zwei Wochen später Mitte Juni auf erstmals 20% bundesweit anzuwachsen.

Während bei Altparteien und Systemjournalle langsam Panik ausbrach, versuchte der Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa, Manfred Güllner (SPD), der nicht gerade im Verdacht steht, ein AfD-Freund zu sein, das Phänomen zu erklären:

»Die große Mehrheit der früheren SPD-Wähler in normalen Arbeitsverhältnissen hat den Eindruck, dass sich ihre einstige Partei zu sehr einer Art grüner Diktatur beugt.«

Als nächstes ließ die AfD dann die SPD hinter sich und wurde somit zweitstärkste Partei im Land. Der Aufwärtstrend war Dank der stetigen „Bemühungen“ der schlechtesten Bundesregierung seit 75 Jahren weiterhin ungebrochen und so wurde zunächst die 21%- und sodann die 22%-Linie durchbrochen.

CDU-CSU-Union einzeln überholt

Da die CSU auf Bundesebene aber lediglich fünf und die CDU nur 21 Prozentpunkte erreichen, ist de facto nun die AfD die stärkste Partei Deutschlands.

Der Erfolg unserer Alternative liegt freilich nicht allein im Versagen der Altparteien. Durch das jahrelan-

ge Merkel-Regime und nun die rot-grüne Abrissbirne steht unser Land sprichwörtlich am Abgrund. Immer mehr Menschen wird das gerade bewusst.

Die AfD jedoch ist die einzige Partei, die sich gegen die irrsinnige Energiewende, die laufende Deindustrialisierung, den Ukraine-Krieg, die ungebremste Massenmigration, die steigende Inflation und den geisteskranken Genderwahn stellt, um nur ein paar der wichtigsten Themen auf der gift-„grünen“ Agenda der Amtierenden zu nennen.

Abgehobenheit der Altparteien

Jeder mit Vernunft ausgestattete Volksvertreter würde angesichts der verheerenden Umfrageentwicklung der Altparteien – besser „Klimaparteien“ – die Reißleine ziehen und sofort damit aufhören, gegen die eigenen Bürger und Wähler zu regieren.

Nicht jedoch die Ampel: Egal ob Heizungshammer, Messermigration oder Vetternwirtschaft, Scholz, Habeck und Lindner kleben fester an den Sesseln der Macht als ihre außerparlamentarische CO₂-Sektenvorhut, die Klimakleber, auf der Straße.

Potenzial der AfD noch größer

Bereits im Mai ergab eine Umfrage, dass sich immer mehr Menschen vorstellen können, die AfD zu wählen. Lediglich 53,9% schließen dies grundsätzlich aus. Im Dezember lag diese Zahl noch bei 60%.

Nachdem nun der erste AfD-Landrat und -Bürgermeister im Amt sind, ist diesbezüglich das Eis gebrochen. Erinnern Sie sich noch, als die Grünen erstmals mit in der baden-württembergischen Landesregierung saßen? Zuvor völlig undenkbar, heute ganz „normal“ – abgesehen natürlich von den katastrophalen Folgen solcher Konstellationen.

Vor genau diesem Gewöhnungs- und Normalisierungseffekt haben jedoch Medien und Altparteien panische Angst. Stellt sich nämlich heraus, dass AfD-Amtsträger gute, bodenständige Politik für die eigenen Bürger machen und sich trotz der allgegenwärtigen Hetze so gar nicht wie „Nazis“ gebärden, werden sich uns noch viel mehr Menschen anschließen wegen unserer Politik für Deutschland.!

Sonntagsfrage: Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre ...

<https://www.wahlrecht.de/umfragen/>



Verein konservativer Kommunalpolitiker Baden-Württemberg

Vernetzen - Voneinander lernen - Füreinander eintreten

Gemeinsam an einem Strang ziehen und auf allen Ebenen stärker zusammenarbeiten! Das war und ist unser Antrieb als Verein konservativer Kommunalpolitiker in Baden-Württemberg.

Wir verbinden und bündeln die Ziele und Interessen eines erheblichen Anteils aller ehrenamtlichen Mandatsträger der AfD in den Städten und Kreisen Baden-Württembergs.

Bundesweite Vernetzung

Seit 2019 verstärken wir dabei nicht nur die vertikale Vernetzung, sondern auch die bessere Zusammenarbeit auf Bundes- und Landesebene durch Veranstaltungen mit der Bundestags- und Landtagsfraktion sowie dem Austausch mit den in den meisten Bundesländern vertretenen kommunalpolitischen Vereinigungen der AfD und dem Bundesverband.

Hierzu zählt auch „Parba“, die Antrags- und Anfragen-Datenbank zu kommunalpolitischen Vorgängen, die auch in anderen Bundesländern genutzt wird. Vernetzen, voneinander lernen, füreinander eintreten, das ist der VKK-BW.

Verein konservativer Kommunalpolitiker in Baden-Württemberg

<https://vkk-bw.de>



Kommunalwahl 2024 – Sie sind gefragt!

Am 09.06.2024 finden die nächsten Kommunalwahlen statt. Die Gemeinden sind die kleinsten demokratischen Einheiten unseres Staatswesens. Auf keiner anderen politischen Ebene sind der Kontakt zwischen Kandidaten und Wählern so eng und die Wege so kurz wie im Kommunalen. Hier können Sie den Unterschied machen und mit Ihrem Engagement dafür sorgen, dass die AfD ihren Erfolgskurs beibehält und auch bei Ihnen vor Ort endlich wieder Politik für die eigenen Bürger gemacht wird.

Kandidieren Sie für Ihre Gemeinde! Sie sind nicht allein, wir werden täglich mehr! Es ist bereits die dritte Kommunalwahl seit Gründung der AfD, wir haben über zehn Jahre Erfahrung gesammelt, sind landes- und bundesweit über den VKK-BW gut vernetzt und unterstützen uns gegenseitig, wo immer möglich. Die beste Zeit der AfD liegt noch vor uns, packen Sie mit an!

Fragen zur Kandidatur oder der Arbeit als Gemeinde- bzw. Kreisrat? Kontaktieren Sie uns

info@vkk-bw.de



Sie fahren nach

Berlin



Besuchen Sie mich im Deutschen Bundestag!

Ich lade Sie herzlich nach Berlin ein! Mit einem umfangreichen und interessanten Rahmenprogramm bekommen Sie weitere Einblicke in meine Arbeit und erleben den Bundestag und unsere Institutionen ganz direkt mit Informationen aus erster Hand.

Die aktuellen Reisettermine

<https://www.marcbernhard.de/termine/>



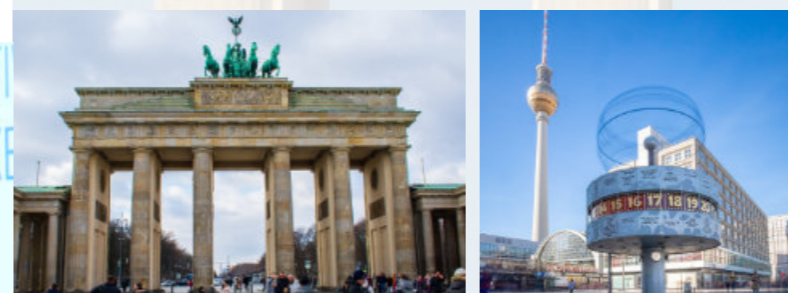
Verbringen Sie mit Gleichgesinnten einige schöne und spannende Tage in der Hochburg der deutschen Politik, die einerseits die größte Chance, aber leider auch die größte Gefahr für unsere Freiheit, unseren Wohlstand und unsere Heimat bedeutet. Denn hier in Berlin herrscht längst ein Kartell der Altparteien.

Ein historischer Exkurs in herausragende Museen und repräsentative Gedenkstätten runden die viertägige Bildungsreise ab.

Die Fahrten werden über mein Wahlkreisbüro in Karlsruhe koordiniert und betreut. Teilnehmer bekommen die Fahrt- und Übernachtungskosten sowie den Großteil der Verpflegungskosten vom Bundespresseamt gestellt. Lediglich das Eintrittsgeld (z.B. für Museen) müssen die Gäste bezahlen!

Neugierig geworden? Fragen Sie gerne in meinem Wahlkreisbüro nach

marc.bernhard.wk@bundestag.de
0721 / 851 449 48



Deutschland ist Europas Dämm- und Heizungsstreber

Die Klima-Sekte will durch eine EU-Richtlinie alle Gebäude bis 2050 „klimaneutral“ umbauen lassen. Für Deutschland heißt das: Bereits bis 2033 müssen 60% aller Gebäude aufwändig und teuer saniert werden!

Nicht allein der Heizungshammer aus Berlin bedroht deutsche Wohnungs- und Hausbesitzer. Auch aus Brüssel droht großes Ungemach. Bereits im Frühjahr hat das Pseudoparlament für strengere Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden gestimmt.

Bis 2030 müssen Wohngebäude mindestens die Energieeffizienzklasse E und bis 2033 sogar Klasse D erreichen. Diese Energieeffizienzklassen sind ähnlich zu den bekannten Einstufungen von A bis G für elektrische Haushaltsgeräte.

Millionen von Gebäuden in Deutschland betroffen

Laut dem EU-Zentralkomitee sind von diesen Einstufungen ca. 30 Millionen Gebäude in der EU betroffen und müssen entsprechend saniert werden.

Der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer „Haus & Grund“ schätzt die Anzahl der in Deutschland sanierungspflichtigen Häuser in den Energieeffizienzklassen „E“ bis „H“ auf mehr als sieben Millionen und die der Wohnungen auf weitere sieben Millionen.

Laut einer Auswertung des Immobilieninstituts F+B¹ zeigen die prozentualen Zahlen für Deutschland einen dramatischen Sanierungsbedarf.

- ▶ Knapp 40% der Ein- und Zweifamilienhäuser haben die Energieeffizienzklassen F, G oder H.
- ▶ Zusammen mit der Energieeffizienzklasse E sind sogar 52,2% der Ein- und Zweifamilienhäuser sanierungspflichtig.
- ▶ 18% der Eigentumswohnungen entfallen auf die Energieeffizienzklassen F, G oder H.

- ▶ Zusammen mit der Klasse E sind 33,5% der Eigentumswohnungen sanierungspflichtig.
- ▶ Bei den Mietwohnungen haben 17,4% die Energieeffizienzklassen F, G oder H.
- ▶ Inklusive Energieeffizienzklasse E sind 33,9% der Mietwohnungen sanierungspflichtig.

Die Zahlen unterschiedlicher Quellen und Berechnungen kommen alle in etwa zum selben Ergebnis: Millionen von Häusern und Wohnungen in Deutschland müssen allein in den kommenden zehn Jahren für viel Geld mehr oder weniger komplett umgebaut und „klimafreundlich“ gemacht werden.

Das heißt, dass etwa zwei Drittel der Miet- und Eigentumswohnungen sowie die Hälfte der Ein- und Zweifamilienhäuser umgebaut, gedämmt und mit neuen Heizungen ausgestattet werden müssten, um die EU-Richtlinie ab 2033 zu erfüllen.

Zwar soll es Ausnahmeregelungen geben, beispielsweise für Denkmäler oder Gebäude mit besonderem architektonischen oder historischen Wert. Ebenso für technische Gebäude, vorübergehend genutzte Gebäude sowie Kirchen. Aber im dunkelgrünen Deutschland ist aufgrund seiner „Vorbildfunktion“ davon auszugehen, dass es den EU-Klimastreber mimt und jede Hundehütte gedämmt werden muss.

Völlig unrealistische Zeitpläne der Eurokraten

Angesichts solcher Zahlen fragt man sich natürlich, wer das bitteschön bezahlen soll? Und wir reden hier erstmal nur von deutschen Immobilien. Wie das in den nicht ganz so „reichen“ Ländern in der EU aussieht, steht nochmal auf einem ganz anderen Blatt.

Die nächste Frage lautet: Wer soll diese Umbaumaß-

nahmen überhaupt durchführen? Haus & Grund Württemberg² äußert sich dazu ganz realistisch:

»Es ist äußerst zweifelhaft, ob sich die energetischen Mindestanforderungen bei vielen Gebäuden überhaupt technisch umsetzen lassen und ob ausreichend handwerkliche Ressourcen zur Verfügung stehen.«

Recht für alle gelten. Nicht so natürlich in der EU.

Im Vergleich passen die Energieeffizienzklassen ganz und gar nicht zusammen. Was hierzulande beispielsweise mit einem Energieverbrauch von 130 bis 160 kWh pro Quadratmeter und Jahr in die „schlechte“ und sanierungspflichtige Klasse E eingestuft wird, gehört in den Niederlanden zu Klasse A und in insgesamt zehn EU-Ländern zumindest noch zu Klasse C – ohne jeden Sanierungszwang.

Die nachfolgende Tabelle wurde von einem Twitter-Nutzer³ erstellt, der die Daten zusammengetragen hat. Deutlich zu erkennen ist die völlige Uneinheitlichkeit über die EU-Staaten hinweg.

Jeder normaldenkende Mensch würde hier davon ausgehen, dass als erstes die Energieeffizienzklassen EU-weit vereinheitlicht werden müssten. Und danach könnte man dann vielleicht darüber nachdenken, die insgesamt schlechtesten Gebäude über alle Mitgliedsstaaten hinweg sanieren zu lassen.

Großangelegte Enteignung

Wenn es tatsächlich um einen angeblichen „Klimaschutz“ gehen würde, wäre das die einzig legitime

		Energieeffizienzklassen von Gebäuden								
		A+	A	B	C	D 2033	E 2030	F	G	H
Energieverbrauch in kWh pro qm und Jahr	Italien	< 15	15 - 31	31 - 51	51 - 71	71 - 91	91 - 121	121 - 161	> 161	
	Deutschland	< 30	30 - 50	50 - 75	75 - 100	100 - 130	130 - 160	160 - 200	200 - 250	> 250
	Spanien		< 37	37 - 60	60 - 94	94 - 144	144 - 299	299 - 337	> 337	
	Österreich	< 15	15 - 26	26 - 51	51 - 101	101 - 151	151 - 201	201 - 251	> 250	
	Polen	< 20	20 - 46	46 - 81	46 - 81	101 - 151	151 - 251	251 - 501	> 501	
	Schweden		< 62	62 - 93	93 - 124	124 - 167	167 - 222	222 - 290	> 290	
	Ungarn	< 61	61 - 81	81 - 101	101 - 131	131 - 161	161 - 201	201 - 251	251 - 311	> 311
	Tschechien		< 48	48 - 90	90 - 131	131 - 176	176 - 222	222 - 531	> 531	
	Griechenland	< 60	60 - 81	81 - 116	116 - 146	146 - 166	166 - 186	186 - 226	> 226	
	Zypern		< 51	51 - 101	101 - 151	151 - 201	201 - 251	251 - 301	> 301	
	Frankreich		< 51	51 - 91	81 - 151	151 - 231	231 - 331	331 - 451	> 451	
	Estland		< 111	111 - 141	141 - 181	181 - 231	231 - 301	301 - 381	381 - 481	> 481
	Finnland		< 87	87 - 144	144 - 181	181 - 261	261 - 391	391 - 461	> 461	
	Irland	< 26	26 - 76	76 - 151	151 - 226	226 - 301	301 - 381	381 - 451	> 451	
	Rumänien	< 57	57 - 79	79 - 155	155 - 239	239 - 324	324 - 405	405 - 485	> 485	
	Bulgarien	< 48	48 - 96	96 - 191	191 - 241	241 - 291	291 - 364	364 - 435	> 435	
	Niederlande	< 105	105 - 160	160 - 190	190 - 250	250 - 290	290 - 335	335 - 380	> 380	
Belgien		0 - 101	101 - 201	201 - 301	301 - 401	401 - 501	501 - 601	> 601		

Gleiche Maßstäbe für alle? Von wegen!

Interessant wird es, wenn wir einmal die Maßstäbe der unterschiedlichen EU-Staaten miteinander vergleichen. Eigentlich sollte im Sozialismus ja gleiches

Vorgehensweise. Ganz offensichtlich gibt es jedoch andere Ziele. Große Finanzinvestoren stehen bereits parat, um Millionen sanierungspflichtige Immobilien von zahlungsunfähigen Eigenheimbesitzern für einen lumpigen Restwert aufzukaufen. |

¹ <https://wohnglueck.de/artikel/energieeffizienz-wohngebäude-deutschland-65439>

² https://www.hugw.de/gesamtenergieeffizienz_01-2022.html

³ <https://twitter.com/KlausKramer01/status/1665213726763433984>

Vor Ort – beim Bürger



Außerhalb der Sitzungswochen bin ich im Ländle sowie bundesweit unterwegs auf Vorträgen, Stammtischen, Infoständen, Bürgerdialogen und Kundgebungen.

Gerne komme ich auch zu Ihrem Kreisverband. Nehmen Sie bitte Kontakt zu mir auf

marc.bernhard.wk@bundestag.de
0721 / 851 449 48



Auswahl meiner wichtigsten Anträge im Deutschen Bundestag

Drucksache 20/6901

Städte und Gemeinden vor Wohnungsnot schützen – Vetorecht bei Zwangszuweisungen von Flüchtlingen ermöglichen

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/069/2006901.pdf>



Drucksache 20/6415

Verbot von Öl- und Gasheizungen verhindern – Priorisierung der Wärmepumpen beenden

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/064/2006415.pdf>



Drucksache 20/35

Energiewende rückgängig machen – Wirtschaft und private Haushalte entlasten

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/000/2000035.pdf>



Drucksache 20/36

Heiz- und Stromkostenanstieg stoppen – Staatliche Abgaben auf Energie senken

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/000/2000036.pdf>



Drucksache 20/274 (Mitzeichner)

Blackout verhindern – Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ermöglichen

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/002/2000274.pdf>



Drucksache 20/4061 (Mitzeichner)

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Sicherstellung der Energieversorgung für die Bundesrepublik Deutschland“

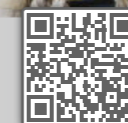
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/040/2004061.pdf>



Drucksache 20/6416

Eigentum vor Willkür in der Energiepolitik schützen

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/064/2006416.pdf>



Drucksache 20/3204

Vom Land der Mieter zum Land der Eigentümer

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/032/2003204.pdf>



Drucksache 20/3945

Grüne Inflation und CO₂-Besteuerung beenden – Wohnen wieder bezahlbar machen

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/039/2003945.pdf>



Drucksache 19/22458

Wohlstand und Umweltschutz ermöglichen – Green Deal stoppen!

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922458.pdf>



Drucksache 19/7717

Bekämpfung der Obdachlosigkeit

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/077/1907717.pdf>



Drucksache 19/16051

Migration als Ursache für Wohnungsnot benennen

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/160/1916051.pdf>



Drucksache 19/22428

Umweltfreundliche Dieselmotoren (C.A.R.E) zulassen

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922428.pdf>



Drucksache 19/29697

Einfach frei leben – Kein deutsches Engagement für den Großen Umbruch beziehungsweise Great Reset des Weltwirtschaftsforums – Mit Innovationen Umwelt und Wohlstand erhalten

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/296/1929697.pdf>



Ausweis im Freibad – aber kein Pass an der Grenze?

Männer, Messer, Menschenjagden. So könnte man das Geschehen in deutschen Freibädern in diesem und auch schon den vergangenen Sommern beschreiben. Wer den regierungstreuen Medien Glauben schenkt, kennt auch die vermeintliche Ursache: Die schlimme Hitze.

Natürlich weiß jeder bei Verstand, dass diese Ausrede lächerlich ist und die Bundesregierung wie üblich lügt, um ihr Versagen zu vertuschen. Es gab schon wesentlich heißere Sommer und dabei keinen einzigen Angriff auf Bademeister oder gar die Polizei.

Der Elefant im Raum

Wenn die Presse von „Jugendlichen“ schreibt, ist eigentlich bereits alles gesagt. Wer direkt mit Betroffenen oder den Opfern spricht, anstatt seine Informationen aus dem Staatsfunk zu beziehen, erhält ohne Umschweife die Wahrheit serviert:

Es sind fast immer Horden von ausländischen jungen Männern, zumeist Muslime aus dem arabischen Raum oder Afrika. Diese sind jedoch nicht einfach nur aufdringlich oder lebhaft, sondern zeigen teilweise ein unglaubliches Maß an Aggression und Gewaltbereitschaft, was hierzulande noch vor wenigen Jahren kaum bekannt war.

Den meisten ist natürlich klar, um welche Klientel es sich dabei überwie-



gend handelt. Aber die Medien und verantwortlichen Politiker winden sich und reden um den heißen Brei, um bloß nicht zugeben zu müssen, was jeder weiß:

Deutschland hat ein massives Problem mit illegaler Einwanderung und Massenmigration!

Da aber nicht sein kann, was nicht sein darf, versuchen Politik und Behörden, das Problem mit reinen Symptomlösungen in den Griff zu bekommen. Viele Freibäder hatten versucht, dem Problem Herr zu werden, indem sie teure Sicherheitsdienste anheuert. Doch auch vor diesen zeigen die gewalttätigen Randalierer nur selten Respekt.

Die Lösung heißt nun immer häufiger Freibadschließung, zumal auch das Personal die Nase voll oder schlichtweg Angst hat. Alternativ – da schau einer an, wozu die Politik plötzlich willens ist – werden nun Einlasskontrollen mit Voranmeldung und Ausweisüberprüfung durchgeführt. Ausweisüberprüfung?

Deutschland ist damit das einzige Land der Welt, in das man zwar ohne Pass einreisen kann, aber nur mit Pass ins Freibad darf. Wir sind ein Irrenhaus!!

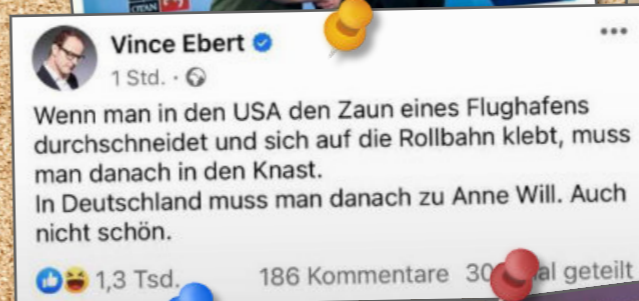


Wer zuletzt lacht...



+++EILMELDUNG+++
Gemeinde Rott am Inn von Erdbeben heimgesucht! Genauere Untersuchungen haben das Beben unter der Gruft von Franz Josef Strauß lokalisiert, der sich auf Grund der momentanen politischen Lage wohl mehrmals im Grab umdreht!

Lüge nicht
betrüge nicht
stehle nicht
Die Regierung duldet keine Konkurrenz!



Wer eine Wärmepumpe installiert, aber bereits geimpft ist, der hat keinen Anspruch auf eine Bratwurst.
OLG Hamm, AZ 15w213



DEUTSCHLAND, DAS LAND, WO DU DIR DEIN GESCHLECHT, ABER NICHT DEINE HEIZUNG AUSSUCHEN DARFST.

Beim ARD-Tatort sind immer Ausländer die Opfer und Deutsche die Täter. Bei ZDF Aktenzeichen XY ist es genau andersherum.



SUCHE FAHRGEMEINSCHAFT NACH SONNEBERG. ICH WILL MAL WIEDER INS FREIBAD.



Und, Ja. Wir können auf der Sonne landen. Wir müssen es nur nachts tun.

Wir machen Politik für die eigenen Bürger!



Anschrift


Marc Bernhard
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 / 227 72 135
marc.bernhard@bundestag.de

Wahlkreisbüro Karlsruhe


Marc Bernhard
Postfach 31 13 60
76143 Karlsruhe

Tel.: 0721 / 851 449 48
marc.bernhard.wk@bundestag.de

 youtube.com/c/MarcBernhardAfD


 facebook.com/MarcBernhardAfD

 tiktok.com/@marcbernhard

 x.com/MarcBernhardAfD

 www.marcbernhard.de

 t.me/MarcBernhard

 [@marc_bernhard](https://instagram.com/marc_bernhard)

